20. 1. Liegt vollendete Beleidigung vor, wenn ein Untersuchungsgefangener einen Brief, der eine ehrverletzende Äußerung enthält, verschlossen behufs Weiterbeförderung an eine außerhalb der Gefangenanstalt wohnhafte Person in die Hand des Gefangenwärters gibt, letzterer ihn dem Strafkammervorsitzenden vorlegt und dieser von dem Inhalt Kenntnis nimmt?

2. Welche Bedeutung hat es, wenn der Gefangene, bevor der Strafkammervorsitzende Kenntnis genommen hat, den Brief zurückverlangt und erklärt, daß er nicht weiterbefördert werden solle?

StGB. §§ 185.

StPD. §§ 94, 98, 116, 148.

Gefängnisordnung für das Landgericht Detmold § 48.

V. Straffenat. Urt. v. 16. Dezember 1913 g. Sch. V 663/13.

I. Landgericht Detmold.

Der Angeklagte ist durch das angefochtene Urteil wegen Beleidigung der richterlichen Beamten der Strafkammer in D. verurteilt worden. Er hatte als Untersuchungsgefangener daselbst einen verschlossenen Brief, der an eine in L. wohnhafte Person gerichtet war und ehrverletzende Äußerungen in bezug auf die Strafkammer in D. enthielt, in ein von ihm zur Absendung an eine Verlagsbuchhandlung in L. bestimmtes geschnürtes Paket gelegt, das er dem Gefangenwärter zur Weiterbeförderung übergab. Er rechnete damit, daß der Brief in dem Paket unbemerkt bleiben werde. Der Gefangenwärter hat aber seiner Dienstsanweisung entsprechend das Paket geöffnet, den darin befindlichen verschlossenen Brief gefunden und das Paket nebst Brief dem Strafkammervorsitzenden vorgelegt, damit dieser vor der Weiterbeförderung von dem Inhalt des Schriftverkehrs Kenntnis nehme. Als der Angeklagte dies am nächsten Tage erfuhr, verlangte er die Zurückgabe des Briefes, die der Gefangenwärter jedoch verweigerte. Der Angeklagte erklärte dem Gefangenwärter mehrfach, daß der Brief nicht abgehen solle, und versuchte durch Irreführung des Gefangenwärters den Brief wieder in seine Hände zu bekommen. Dies mißlang aber. Nachdem der Strafkammervorsitzende von dem Inhalt des Briefes Kenntnis genommen hatte, ließ sich der Angeklagte aus der Untersuchungshaft vorführen und erklärte dem Vorsitzenden,

daß er den Inhalt des Briefes nicht zu seiner Kenntnis habe bringen wollen. Seine Revision ist verworfen worden.

Aus den Gründen:

„Die Entscheidung läßt eine durchgreifende Verletzung des Strafgesetzes nicht erkennen. Nach dem festgestellten Sachverhalt sind sämtliche Merkmale einer vollendeten Beleidigung im Sinne des § 185 StGB. gegeben.

Die Annahme des Landgerichts, Angeklagter habe auf die Gefahr hin und mit dem Willen gehandelt, daß gegebenenfalls der Inhalt des Briefes zur Kenntnis der Behörde gelangen würde, ist allerdings mit der weiteren Feststellung unvereinbar, daß er wiederholt die Zurückgabe des noch nicht geöffneten Briefes verlangt, dessen Absendung untersagt und versucht hat, durch Irreführung des Gefangenwärters wieder in den Besitz des Schriftstücks zu gelangen. Damit ist ausgesprochen, daß er den Erfolg, d. h. die Kenntnisnahme seitens der Behörde, nicht gewollt hat, also mit dessen Eintritt nicht einverstanden gewesen ist. War dies der Fall, so konnte nur Fahrlässigkeit, aber nicht bedingter Vorsatz in Frage kommen. (RSt. Bd. 33 S. 4 ffg.).

Durch diese rechtsirrtümliche Auffassung des Landgerichts wird aber der Bestand des Urteils nicht gefährdet.

Die Merkmale der vollendeten Beleidigung sind trotzdem nachgewiesen. Zum Tatbestand einer solchen, als einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Kundgebung, durch die die Ehre eines anderen verletzt wird, gehört nichts weiter, als in äußerer (objektiver) Beziehung, daß die ehrverletzende Äußerung zur Kenntnis eines anderen gelangt, und nach der inneren (subjektiven) Seite, daß die Kundgebung an einen anderen gewollt ist. . . .

Von diesen Grundsätzen aus (RSt. Bd. 26 S. 202 [206/207]), an denen festzuhalten ist, kam es nicht darauf an, ob der Angeklagte die Kenntnisnahme seitens der Behörde gewollt oder auch nur im Sinne eines bedingten Vorsatzes in seine Vorstellung und in seinen Willen aufgenommen hatte, wie er denn andererseits die Vollendung der Tat nicht dadurch ungeschehen machen konnte, daß er die Zurückgabe des Briefes forderte.

Wenn der Täter, wie im vorliegenden Falle, seine eine Beleidigung enthaltende Erklärung schriftlich verkörpert und sich hinsichtlich ihrer

der tatsächlichen Verfügungsgewalt mit dem Willen entäußert hat, einen anderen davon Kenntnis nehmen zu lassen, wenn er also die in seinem Schreiben verkörperte Erklärung mit diesem Willen in die Hand eines Dritten hat gelangen lassen, so hat er im Sinne des Gesetzes durch seine eigene freie Handlung alles getan, was zur Vollendung der Beleidigung rechtlich erforderlich ist. Ob diese Vollendung eintritt, hängt von dem weiteren Verlaufe der Dinge ab, nicht mehr von bloßen Entschlüssen des Täters. Da es für die Frage nach dem Eintritt der Vollendung rechtlich belanglos ist, wer der andere ist, der von dem Inhalt der Erklärung Kenntnis erhält, ob derjenige, für den sie bestimmt war, oder irgend ein anderer, und da es auch nicht darauf ankommt, wie und auf welchem Wege der andere die Kenntnis erlangt, so kommt die Beleidigung rechtlich zur Vollendung, wenn irgend ein Dritter, gleichviel wer und auf welche Weise, von der Erklärung Kenntnis nimmt, solange sie noch auf Grund jener eigenen freien Handlung des Erklärenden seiner tatsächlichen Verfügungsgewalt entrückt ist. Es ist hiernach gleichgültig, ob der Erklärende inzwischen anderen Sinnes geworden ist und seine Willensänderung auch kundgetan hat, sei es gegenüber dem, für den die Erklärung bestimmt war, oder gegenüber dem anderen, der die tatsächliche Verfügungsgewalt über sie hat. Der Erklärende trägt die Gefahr für seine mit dem Willen der Kenntnisnahme durch einen Dritten abgegebene Erklärung, solange sie ein von seinem Willen unabhängiges und seiner Verfügungsgewalt entrücktes Dasein führt. Erst dann ist er dieser Gefahr ledig, wenn er die Erklärung, ehe es zur Vollendung der Beleidigung gekommen ist, tatsächlich wieder in seine Gewalt gebracht und damit verhindert hat, daß sie zur Kenntnis eines anderen kommt.

Nach diesen allgemeinen Grundsätzen sind auch im vorliegenden Falle alle Voraussetzungen der vollendeten Beleidigung erfüllt. Wenn die Revision dies bestreitet und geltend macht, die rechtliche Besonderheit des Falles liege darin, daß der Erfolg nicht nur gegen den inzwischen veränderten Willen des Täters, sondern auch infolge eines dem Willen des Täters unmittelbar widerstreitenden rechtswidrigen Eingriffs der Staatsgewalt herbeigeführt worden sei, so verdient diese Auffassung keine Billigung.

Der Angeklagte befand sich in Untersuchungshaft, im Gefängnis des Landgerichts D., war mithin den für dieses Gefängnis bestehenden

besonderen Vorschriften unterworfen. Die Vorschrift in § 48 der einschlägigen Gefängnisordnung, die auch in der Hauptverhandlung des Landgerichts verlesen worden ist, enthält die von der Revision vermißte Vorschrift, auf Grund deren der schriftliche Verkehr der Untersuchungsgefangenen mit Personen, die außerhalb der Anstalt wohnen, der Genehmigung des Richters unterstellt ist. Der Strafkammervorsitzende war nach Lage der Sache, wie das Landgericht zutreffend angenommen hat, befugt, das zur Weiterbeförderung bestimmte Paket zu prüfen, von dem Inhalt des Briefes Kenntnis zu nehmen und den Brief zurückzuhalten, falls ihn dessen Inhalt zur Beförderung ungeeignet erscheinen ließ. Einer prozessualen Beschlagnahme nach Vorschrift der §§ 94, 98 StPD. bedurfte es dazu nicht. Ein Widerspruch zwischen dem § 48 der Gefängnisordnung und den Vorschriften der Strafprozeßordnung — vgl. §§ 116, 148 das. — ist nicht vorhanden. Von einem rechtswidrigen Eingriff der Staatsgewalt kann keine Rede sein, wenn das berufene Organ der Behörde in Ausübung seiner ihm obliegenden Pflichten und zustehenden Befugnisse handelnd eingreift. . . .

Im übrigen hatte der Angeklagte nicht erst in dem Augenblick, als der Gefangenwärter das geöffnete Paket auf den Arbeitstisch des Landgerichtspräsidenten legte, sondern schon mit der Übergabe des Pakets an den Gefangenwärter zur Weiterbeförderung des Pakets und des darin enthaltenen Briefes die tatsächliche Verfügungsgewalt über den Brief aufgegeben und durch diese seine eigene freie Handlung die Sachlage geschaffen, die ohne sein weiteres Zutun und sogar gegen seinen später geänderten, aber rechtlich bedeutungslosen Willen zur Vollendung der Tat führte.

Hiernach . . . konnte die Rüge unrichtiger Anwendung des Strafgesetzes nicht durchdringen.“